



Erläuterungen zur Darstellung Nr. 137 h

Wenn in einem Land das Volkseinkommen nominell um 61% ansteigt, dann vermutet man, dass auch alle Einzeleinkommen in der Volkswirtschaft um diesen Prozentsatz zunehmen, also Löhne, Steuern, Unternehmereinkommen usw., womit jegliche Verteilungsspannungen vermieden würden.

Wie aus der Grafik hervorgeht, trifft diese Anteils-Gleichheit in den letzten 16 Jahren jedoch nur auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften zu. Die Bruttolöhne blieben dagegen mit 38% weit hinter dem Anstieg des Volkseinkommens zurück und die Nettolöhne erreichen mit 30% nur knapp die Hälfte! Damit reduzierten sich jedoch zwangsläufig auch die Möglichkeiten der Arbeitnehmer, die von ihnen vermehrt geschaffenen Produkte auch selbst zu erwerben, was wiederum Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Ursächlich für dieses Zurückbleiben der Lohneinkommen sind - wie aus den Balkenlängen hervorgeht - einmal die Überentwicklungen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 106%, in denen, neben der Entlohnung der Unternehmerleistungen, vor allem die Zinsen bzw. Renditen des schuldenfreien Eigenkapitals zu Buche schlagen. Dies bestätigen auch die Zinseinkommen aus Bankeinlagen mit ihrem Anstieg von 111%. Dabei wirkten sich die historisch niedrigen Zinssätze seit 1995 noch reduzierend aus! Ohne diese Zinssatz-Absenkungen wären die Zinseinnahmen sogar im Gleichschritt mit den Geldvermögen angestiegen, deren Zunahme um 157% aus dem zusätzlich eingefügten unteren Balken hervorgeht. Daraus ist ebenfalls zu entnehmen, dass diese Geldvermögen in den 16 Jahren von 3.038 auf 7.917 Mrd angestiegen sind und damit bereits das 3,3-fache des BIP erreicht haben!!

Wären diese Vermögenswerte im Gleichschritt mit dem Volkseinkommen angestiegen, also um 61%, wäre nicht nur eine Anpassung der Löhne an das Wirtschaftswachstum möglich gewesen und damit die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich unterblieben, wir hätten uns auch die Krise erspart, die aus dem Überwachstum der Geldvermögen resultiert.